



ROBERT GOEBBELS
DEPUTE AU PARLEMENT EUROPEEN

Pressemitteilung

Ist die Liberalisierung der Postzustellung wirklich notwendig?

Zwecks Vorbereitung der Debatten um die von der Kommission vorgeschlagene Richtlinie der totalen Liberalisierung der Postzustellung hat die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament am 8. Februar 2007 ein Seminar unter dem Vorsitz von Vize-Präsident Robert Goebbels organisiert.

Gehört wurden eine Reihe Universitätsprofessoren und Vertreter der Postgesellschaften, respektiv der Postgewerkschaften, sowie der Verbraucherorganisationen. Die wichtigsten Erkenntnisse der Anhörung waren, dass die von der Kommission gewollte totale Liberalisierung bei gleichzeitiger Absicherung einer generellen Dienstleistung zu vernünftigen Tarifen schwierig ist. Der Kommissionsvorschlag ist widersprüchlich. Er visiert die Abschaffung des letzten Post-Monopols, die Zustellung von Briefen unterhalb von 50 Gramm, und erlaubt gleichzeitig den Mitgliedstaaten, einen universellen Postdienst aufrecht zu erhalten. Dies soll entweder durch staatliche Zuschüsse, oder über einen Kompensationsfonds, dem andere Marktteilnehmer beisteuern müssten, respektiv durch Auflagen an Marktteilnehmer erreicht werden. Die Kommissionsvorschläge wurden allgemein als verworren und unausgewogen empfunden. Robert Goebbels befürchtet im Falle ihrer Adoption viel Arbeit für den Europäischen Gerichtshof.

Ungelöst bleibt die Frage, wie die europäischen Postanstalten in der Zukunft zum gleichen Tarif Briefe in Stadt und Land austeilern können, wenn Privatfirmen die lukrativsten Segmente des Marktes absahnen können, vor allem Geschäftsbriefe.

Laut Goebbels kommt die Post ohnehin unter Druck, da der Briefverkehr zunehmend von elektronischen Medien konkurrenziert wird. Gerade die luxemburgische Post ist gefordert. Wie aus einer von Professor d'Alcantar vorgelegten Studie hervorgeht, hat Luxemburg (92%) nach Belgien (97%) die größte urbane Dichte, also die zweitkürzesten Wege für Postzustellung. Vor allem ist Luxemburg das Land mit dem größten Pro-Kopf-Briefverkehr: 489 Briefe pro Jahr für den Durchschnittsbürger gegenüber 338 für jeden Franzosen, 277 für jeden Belgier, 235 für jeden Deutschen, und bloß 14 Briefe für den Bulgaren.

Somit ist das luxemburgische Territorium interessant für Privatbetreiber, was letztlich aber auf Kosten der Postämter in Landgemeinden gehen würde.

Die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament wird die Verhandlungen mit dem Ministerrat deshalb sehr kritisch angehen.

Mitgeteilt am 8. Februar 2007 von der luxemburgischen Delegation in der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament.